

Streit über Straßensanierung

GLASHÜTTEN. Der schlechte Zustand der durch Glashütten führenden Staatsstraße war für Gemeinderat Gerd Großmann (SPD) Anlass zur Kritik, die zu einem kontroversen Wortwechsel mit Bürgermeister Werner Kaniewski führte. Großmann verwies auf die schon öfters von ihm angesprochene Situation des Straßenzustandes. „Es ist die in Oberfranken schlechteste Ortsdurchfahrt“, sagte der Gemeinderat. Vor seinem Haus, das unmittelbar an der Straße liege, Sorge eine Durchfahrt vor allem von Lastkraftwagen wegen Querrinnen für eine große Lärmbelästigung. Ein Anruf von ihm beim Staatlichen Bauamt in Bayreuth habe die Auskunft ergeben: „Wir haben Geld zur Sanierung und wir warten nur auf eine Zusage des Bürgermeisters aus Glashütten, damit asphaltiert werden kann.“ Dies rief Bürgermeister Kaniewski auf den Plan. „Welcher Spaßvogel im Bauamt hat dir denn das gesagt?“ Laut Bauamt wäre die Gemeinde verpflichtet, Gehsteige mit zu sanieren, so Großmann. Das koste Geld. Zudem seien bereits einige Straßen in Glashütten gemacht worden, was natürlich auch mit Kosten verbunden war. Kaniewski sagte, noch im letzten Jahr habe die Aussage des Staatlichen Bauamtes gelautet: „Wir haben es auf dem Plan und sagen Bescheid, wann es so weit ist mit der Sanierung.“ Bis heute habe die Gemeinde Glashütten nichts mehr gehört. Das Bauamt tue sich leicht, so Herbert Zeilmann (AFW), der sich in die Diskussion einschaltete. Und jetzt schiebe es die Verantwortung eiskalt auf die Gemeinde. Er forderte, dass sich die Behörde jetzt schriftlich äußere. Die Staatsstraße müsse schon allein wegen der Lärmbelästigung instand gesetzt werden. Wenn saniert werde, komme einiges auf die Gemeinde zu, befürchtete Michael Neuner (CSU). Er wünsche sich eine Neugestaltung des Dorfplatzes. Ein weiteres Problem für die Gemeinde sehe er mit Blick auf Abwasserkanal und Wasserleitung, sagte Neuner. „Da müssen wir unsere Hausaufgaben auch mit dem Abwasserzweckverband machen.“ Den Schlusssatz sprach der Bürgermeister: „Wenn das Staatliche Bauamt etwas machen möchte, wäre es seine ureigene Aufgabe die Gemeinde zu informieren.“